

Der Friede in Kraft getreten.

Sonnabend nachmittag um 4 Uhr zeichnen in Paris im Canal d'Orsay im Cabinet des Ministers für auswärtige Angelegenheiten Ministerpräsident Clemenceau und Reichkanzler von Bülow in Anwesenheit der Mitglieder des Obersten Rates das Protokoll vom 1. November über die Beendigung der noch verbleibenden Verpflichtungen aus dem Waffenstillstand und über die Entschädigung für die von Capua Flow versenkten deutschen Kriegsschiffe. Nach vollzogener Unterschrift übergab Ministerpräsident Clemenceau als Vorsitzender der Friedenskonferenz die schriftliche Bestätigung über die Herabsetzung der Schadenersatzforderung für Capua Flow und über die Art der Erfüllung dieser Verpflichtungen, die vorher getroffen worden waren.

Darauf begaben sich die beiden deutschen Bevollmächtigten Delegierten sowie die Ministerpräsidenten Clemenceau, Lloyd George und Nitte und der japanische Botschafter Matsui nach dem Uffensaal. Hier waren die bevollmächtigten Vertreter der Mächte, die bis jetzt den Friedensvertrag von Versailles ratifiziert hatten, versammelt, außerdem die Minister Lloyd, Tardieu, Lengua sowie Jules Cambon, die englischen Minister Lord Curzon, Balfour und der italienische Minister für auswärtige Angelegenheiten Salasola. Ministerpräsident Clemenceau eröffnete die Sitzung und lud zur Unterzeichnung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden ein.

Zuerst unterschrieben Ministerpräsident von Bülow, darauf Reichkanzler von Bülow und nach ihnen der Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten, Reichsminister für Finanzen sowie nach alphabetischer Anordnung die Vertreter der kleineren alliierten Staaten. Nachdem Clemenceau unterschrieben hatte, begab er sich zu den deutschen Delegierten und erklärte ihnen mündlich:

„Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, dass noch heute abend der Befehl zur Heimführung der deutschen Gefangenen unterschrieben wird.“

Nach Unterschrift aller Bevollmächtigten ergriff Ministerpräsident Clemenceau das Wort und erklärte, dass nunmehr nach Austausch der Ratifikationsurkunden und Errichtung des ersten Protokolls über die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden der Friedensvertrag in Kraft getreten sei und dass die sich aus ihm ergebenden Verpflichtungen erfüllt werden müssten. Hierauf schloß er die Sitzung. Die Zeremonie dauerte 8 Minuten. Der Friede ist am 10. Januar um 4 Uhr 15 Minuten nachmittags in Kraft getreten.

Nach erfolgter Unterschrift der Ratifikationsurkunden drückten die 26 Vertreter der alliierten und assoziierten Mächte Versner und Eimlon die Hand zum Belden, daß der offizielle diplomatische Verkehr wieder aufgenommen sei. Der amerikanische Botschafter Wallace nahm nur an der Unterzeichnung des Protokolls teil. Beim Austausch der Ratifikationsurkunden war er nicht anwesend. Am Sonnabend abend begab sich Eimlon und ein Teil der Sachverständigen nach Berlin. Versner reiste am Sonntag oder am heutigen Montag ab, um dem Kabinett Vortrag zu halten, und wird in acht Tagen wieder zurückkehren. Man nimmt an, daß die erste Sitzung des Völkerbundes etwa um den 10. stattfindet wird, ebenso die erste Sitzung der Wiedergutmachungskommission.

Aufhebung der Offensivblockade. Nach einer von der Marinekommission eingetragenen Drangart ist die Offensivblockade seit gestern nachmittags aufgehoben. Die ersten deutschen Schiffe sind bereits ausgelaufen.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen. General Cassonin erklärt im „Echo de Paris“, es sei alles bereit zum Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen. Die Transporte könnten schon heute beginnen, wenn der Befehl dazu gegeben wird. Sie würden etwa 6 Wochen dauern.

Neuzeitliche zum Friedensschluss. Unschlüssig des Friedensschlusses veröffentlicht die „Dresdner Nachr.“ die folgenden zehn Sätze, die, wie das Blatt meint, sich jeder Deutsche zum Nachdenken für die kommende Zeit ins Stammbuch schreiben sollte: 1. Am 10. Januar unterschreibt Deutschland das Protokoll, das für uns den endgültigen Verlust von Elsass-Lothringen, der Provinz Vosen, eines großen Teils von Westpreußen, des Gebiets von Remel und der Stadt Danzig zur Folge hat. 2. Am 10. Februar 1920 hat Deutschland kein Unterseeboot, ebenso keine Ozeanfahrzeuge und Docks für die Unterseeboote mehr. 3. Am 10. März 1920 besitzt Deutschland nur mehr eine Armee von 300 000 Mann, die im Laufe des Jahres noch auf hunderttausend Mann verringert werden muß. 4. Am 10. März 1920 besteht Deutschlands ganze Flotte aus noch 6 Schlachtschiffen der „Deutschland“- oder „Lothringen“-Klasse, 6 kleinen Kreuzern, 12 Zerstörern und 12 Torpedobooten, sowie 15 000 Mann Besatzung. 5. Bis zum 10. März dieses Jahres müssen, soweit sie noch nicht ausgeliefert sind, alle deutschen Handelschiffe von 1800 Brutto-Tonnen und darüber, ferner die Hälfte des Tonnengehalts der Schiffe zwischen 1000 und 1800 Tonnenn und endlich je ein Viertel des Tonnengehalts sowohl der Fischdampfer, wie der anderen Fischereifahrzeuge ausgeliefert werden. 6. Bis zum 10. März d. J. müssen alle deutschen Waffen, Munitionsvorräte und Kriegsgüter einschließlich der Flugabwehrgeräte, die in Deutschland aber die gemeinnützigste Zahl hinaus vorhanden sind, den Feinden ausgeliefert sein. 7. Am 10. April besitzt Deutschland kein Heilungswert, keine Bekleidungen und Landbesitzungen mehr. 8. Bis zum 10. April liefert Deutschland an die Entente 700 Zuchtbengeln, 40 000 Stuten, 4000 Stiere, 12 000 Schafköpfe, 120 000 Schafe, 10 000 Riegen, 15 000 Mutterkühe, 90 000 Milchkühe und 40 000 Stück junges Rindvieh ab. 9. Bis zum 1. Mai 1921 abgelte Deutschland alle vorläufige Entschädigung 20 Milliarden Mark Gold. 10. Am 10. Januar 1923 verläßt der letzte französische Soldat deutsches Gebiet, das aber auch dann noch nicht, falls während der Besetzung oder nach Ablauf der 15jährigen Besatzungsfrist die Kommission für Wiedergutmachungen ersuchen sollte, daß Deutschland die aus dem gegenwärtigen Vertrag sich ergebenden Verpflichtungen nicht völlig eingehalten hat. — Das bringt uns der „Friede“ in den nächsten Monaten und noch viel mehr in den kommenden Jahren.

Eine Erklärung der deutschen Liga für Völkerbund zur Friedensratifikation. Die deutsche Liga für Völkerbund erlucht uns um Verbreitung folgender Rundgebung: Die deutsche Liga f. Völkerbund, der außer dem Reichspräsidenten und einer Reihe der Reichsminister, führender Männer und Frauen des gesamten geistigen, politischen und wirtschaftlichen Lebens angehören, und die in den ihr angeschlossenen Verbänden 8 Millionen Mitglieder zählt, hat anlässlich des Inkrafttretens des Friedensvertrages folgende Entschädigung erklärt: Der Friedensvertrag ist in Kraft getreten, ein Frieden nicht der Verständigung, nicht der Versöhnung, sondern noch der Gewalt. Aber durch den Friedensvertrag wird zum erstenmal in der Weltgeschichte politische Wirklichkeit, was der Königsberger Philosoph Emanuel Kant als deutschen Begriff geprägt, und als ein Menschheitsideal gefordert hat: der Völkerbund. Freilich kein wahrer Völkerbund von gleichberechtigten und gleichberechtigten Völkern, sondern ein Völkerbund, noch diktiert vom Willkür einer einzelnen Übermacht, aber doch der Anfang zu einem Völkerbund, der schon bald neben der heutigen Weltmacht unserer Väterlichen Hände auch die gesamten Kräfte unserer Väterlichen der Väterlichen Neutralen in sich vereinen wird. Dieser Völkerbund soll dauernden Frieden schaffen. Aber es ist auch nach den unerschütterlichen Bestimmungen des

Friedensvertrages selbst diesen Frieden ändern. Die den Frieden angenommen haben, sind also im Völkerbund ein Mittel, an der Revision des Friedensvertrages zu arbeiten. Die den Frieden abgelehnt haben, erhalten im Völkerbund die einzige Waffe, die uns gebildet ist, zum Kampfe für einen wirklichen Frieden, was ihn nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt braucht. Die Arbeit am und im Völkerbund ist daher die größte politische Aufgabe der Zukunft. Wer am neuen Deutschland mitwirken und an einer gerechten Weltordnung für alle Völker mitbauen will, der muß Völkerbundpolitik treiben.

Eine Rundgebung der Reichsregierung gegen den Streik.

Folgende gemeinsame Rundgebung der Reichsregierung und der preussischen Staatsregierung wird mitgeteilt:

Der Tag des Friedensschlusses, mit dem die Welt der schweren Lasten und Leistungen für uns anbricht, trifft Deutschland inmitten einer neuen Streikbewegung. Die Eisenbahnen stehen in vielen Teilen des Vaterlandes still. Manche Städte sind ohne Lebensmittel, ganze Provinzen ohne Heizung und Beleuchtung. Was wir am unglücklichen Wien schauernd miterlebten, ein Massensterben der Günstlinge und der Grelle, muß auch bei uns ausbrechen, wenn kein Rückschlag mehr in die Städte kommt. Und warum? Nicht, weil die Eisenbahnarbeiter sich noch unter dem Zwange der Not einen wirtschaftlichen Kampf aufzuleisten haben. Der von ihnen verlangte Tarifvertrag soll mit Rückwirkung vom 1. Januar gelten. Die Tarifverhandlungen sind im besten Gange und werden von beiden Parteien mit voller Einmütigkeit geführt. In neun Direktionsbezirken sind die Stundenlöhne bereits um durchschnittlich eine Mark erhöht worden, eine ähnliche Erhöhung steht für die übrigen Bezirke im Ausblick. Der Beamtenstand ist eine Teuerungszulage von 150 Prozent bereits zugeflossen, d. h. eine Mehrleistung von mehreren Milliarden, eine Verleumdung der Friedensstarke für Personen und Güter. Damit fällt jeder Grund für den wirtschaftlichen Kampf weg. Gewissenlose Elemente außerhalb der Organisationen führen aber den politischen Kampf gegen das Volk auf Kosten des Volkes. Sie wollen das Volk ermorden durch Hunger, Kälte und Tod.

Die Folgen nach außen? Der Friedensschlag stellt uns vor schwere Pflichten. Die Besatzungstruppen der Entente sind in die Abwärtungsgebiete zu transportieren. Kohlen, Maschinen, Heeresgerät, Milchfässer und vieles andere sind abzugeben, alles in bestimmten, knapp bemessenen Fristen. Bleiben wir mit unseren Vertragspflichten im Rückstand, so drohen uns neue Repressalien und Besatzungen. Darf die endlich erreichte Heimkehr unserer kriegsgefangenen Brüder, die seit gestern abtransportiert werden, auch nur eine Stunde verzögert werden? Wollen sich die Angehörigen unserer Kriegsgefangenen solch krevelhaftes Spiel gefallen lassen?

Nein! Die preussische und die Reichsregierung rufen dem ganzen Volke zu: Laßt euch diese ibleidliche Bedrohung nicht bieten! Steht zur Regierung, die dieser gemißliebigen Erschütterung mit allen, auch den strengsten Maßnahmen entgegenzutreten wird. Der neue Tarifvertrag fordert für die Allgemeinheit kaum ersichtliche Mittel. Damit ist die Grenze erreicht. Alle die wilden Forderungen wilder, außerhalb der Organisationsleitungen stehender Agitatoren, vor allem nach Besetzung der Streiktage, sind ein für allemal abgelehnt.

Die preussische und die Reichsregierung fordern die Eisenbahnarbeiter im Namen und im Interesse des gesamten Volkes dringend auf, ihren Dienst sofort wieder zu beginnen. Jeder weitere Streiktag steht den Hungerriemen der gezwungenermaßen sterbenden Arbeiter enger und beschwert auch- und innenpolitischs Land heraus. Bist nicht weiter mit euch spielen! Sagt die Vorkämpfer von euch, macht euch nicht mißlieblich am Unglück eurer Nachbarn und Arbeitsgenossen! Denkt an die 400 000 Kriegsgefangenen, die euer Sorgen von der Heimat, von Frau und Familie fernhält!

Wir werden mit aller Macht und allem Nachdruck diese Folgen zu verhindern suchen. Wo es not tut, wird auf Grund des § 48 der Reichsverfassung der Ausnahmezustand verkündet. Es geht nicht um Partei oder Politik, es geht um das Dasein von uns allen. Wer das Leben seines Volkes will, kämpfe mit uns gegen die Verdrängung!

Der 10. Januar 1920.
Die Reichsregierung: Bauer, Koch, Dr. Gell. Die preussische Staatsregierung: Girsch, Heine, Defer.

Wirtschaftswelt in den bedrohten Gebieten. Der Reichspräsident erklärt mit Zustimmung des Reichsministeriums eine Verordnung zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen, Münster und Minden, wonach die in Art. 48 der Reichsverfassung vorgesehenen Beschränkungen in vol. zulässig und die vollständige Gewalt auf den Reichspräsidenten übertragen wird. Die Anweisungen des Militärbefehlshabers auf dem Gebiete der Zivilverwaltung erfolgen mit Zustimmung eines Regierungskommissars. Zum Militärbefehlshaber ist General v. Ritter, zum Regierungskommissar Reichskommissar Severing ernannt. Die Verordnung tritt sofort in Kraft. Gleichseitig unterfangt eine Verordnung des Militärbefehlshabers die Stilllegung lebenswichtiger Betriebe, wie des öffentlichen Verkehrs, sowie der Anlagen für Gas, Wasser, Elektrizität und Kohle.

Die erste Streiklage im Ruhrgebiet. Aus Essen wird gemeldet: Nachdem am Freitag die Eisenbahnorganisationen zur Wiederaufnahme der Arbeit beim. des Dankes aufgefordert hatten, versammelten sich Sonnabend die Eisenbahnarbeiter zu einer Versammlung, um über Wiederaufnahme oder Fortsetzung des Streikes Bescheid zu fassen. Obwohl die Besprechungen auf die bisherigen Ergebnisse der geführten Verhandlungen hinwiesen, wurde von radikaler Seite mit aller Energie zur Weitführung des Streikes aufgefordert. Bei der am Schluß vorgenommenen Abstimmung ergab sich eine nicht unbeträchtliche Mehrheit für die Fortsetzung des Streikes. Die bisherigen Führer der Organisationen legten darauf ihre Ämter nieder und übergaben die Leitung der Organisationen den neu gewählten Streikleitungen. Abends 8 Uhr erfolgte seitens derjenigen, die die Arbeit wieder aufgenommen hatten, erneute Arbeitsniederlegung. Die Eisenbahndirektion ist sofort in Verhandlungen zur Aufrechterhaltung eines Notstandsnetzes eingetreten. Das ganze Industriegebiet ist von der erneuten Bewegung ergriffen und der Abgangsverkehr stockt in Essen, Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim, Duisburg, Düsseldorf, Oberfeld und allen Nachbarstationen vollständig. Die Organisationen verlangen restlose Bewilligung aller ihrer Forderungen und haben die bisher seitens der Regierung gemachten Zugeständnisse als völlig unzureichend zurückgewiesen. Die Streikleitung betont, daß, falls die Regierung nicht in absehbarer Zeit die geforderten Forderungen bewilligt, der Streik verhärtet und die bisher seitens der Streikenden gemachten Zugeständnisse in Bezug auf Lebensmittelversorgung etc. bündig würden. — Eine überfällige Weidung besagt, daß unter den streikenden Eisenbahnern sich gegenwärtig eine sehr radikale Strömung geltend macht, die die Einstellung der Notstandsarbeiter (U-Jäger, Lebensmittel- und Milchläger) verlangt, um ihren Forderungen mehr Nachdruck zu verleihen. — Eine Weidung des H. Z. B. über die Tarifverhandlungen in Berlin besagt, daß volles Einverständnis mit allen Bestimmungen erzielt worden ist. Die

durchschnittliche Erhöhung der Löhne beträgt eine Mark für die Stunde. Das bedeutet für den Arbeitstag eine Aufbesserung um 8 Mark. Wenn der Streik, besonders in Siderfeld und Essen, noch nicht beendet ist, so liegt das daran, daß unversenkbar kommunizierende Elemente die Forderung an sich gerissen haben und ihre politischen Zwecke durch den Streik verfolgen. In welcher Weise dieser von solchen Elementen geführt wird, geht daraus hervor, daß keine Lebensmittel- und nicht einmal Milchläger durchgelassen werden.

Ueber die Streiklage im oberwiesentlichen Eisenbahnbetrieb geht H. Z. B. von authentischer Stelle folgende Mitteilung zu: Seit Sonnabend hat sich die Lage weiter verschärft. Dem Streik haben sich angeschlossen die Betriebswerkstätten Oepeln, Grodowitz, Bobred, Matbor (vollständig), Annaberg, Wenz, Rattowitz (vollständig), Schoplin, Nord, Weuthen, Chorow, Laurabütte, Randau, Rybnitz, Röhren (Schmalzburgen), Wisnarbütte und einzelne kleinere Orte. Eine getrennt in Meiwiß abgehaltene Arbeiterversammlung wird ebenfalls über die Streiklage Bescheid lassen.

Im Versicherungsgebiete ist am Sonnabend auf Grund einer sehr erheblichen Herabminderung der Forderungen der Anstellten eine vorläufige Vereinbarung zustande gekommen. Der Zentralverband der Anstellten teilt mit: Da der Zweck des Streikes im Versicherungsgebiete, die Arbeitgeber zu Verhandlungen zu bewegen, erreicht ist, hat der Zentralverband beschlossen, den Streik abbrechen. Die Arbeit beginnt in allen Betrieben am Montag.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer über brennende Gegenwartsfragen.

Die Ministerpräsident Dr. Gradnauer gelegentlich seines Besuchs in Leipzig Professorvertretern mündlich, legt die sächsische Regierung die begründete Hoffnung, daß die Auslandsbewegung der Eisenbahner nicht nach Sachsen übergreifen wird. Die Regierung steht in dauernder Verbindung mit den übrigen Eisenbahnverwaltungen, da sie der Meinung ist, daß die bevorstehende Lohnregelung einheitlich erfolgen muß. Von einer Auslandsbewegung auf den sächsischen Staatsbahnen war bisher nichts zu hören, und die Verhandlungen, die mit den Vertretern der Eisenbahnorganisationen gepflogen werden, lassen eine feindliche Bewegung erwarten. Der Ministerpräsident hat zu, daß die bisherigen Löhne und Gehälter, die seit längerer Zeit nicht aufgebessert worden sind, der heutigen Teuerung nicht mehr entsprechen, und daß eine wesentliche Erhöhung nicht zu umgehen ist. Die Lohnbewegung erhebt sich nicht nur auf die Eisenbahnarbeiter, sondern auch auf die Beamten. Dr. Gradnauer glaubt, daß man auf eine Erhöhung der bisherigen Löhne um 50 Prozent zukommen wird. Angesichts der traurigen Lage der Staatsfinanzen müßte die Regierung die Frage der Kosteneinbringung in den Vordergrund stellen.

Bezüglich der Kohlenverhältnisse liegen die Verhältnisse nach wie vor unklar, doch ist eine Verkehrssperre für die sächsischen Bahnen vorläufig nicht ins Auge gefaßt.

Ueber die Ernährungsfrage Sachsen sprach sich der Ministerpräsident dahin aus, daß das Landesleben mittel- und langfristige Maßnahmen der Ernährungsfrage bedauert, da dieselben nur geeignet sind, Unruhe in der Bevölkerung zu tragen. Er verwies auf die kürzlichsten Ausführungen des Wirtschaftsministers Schwarz, der erklärt hatte, daß die Ernährung der sächsischen Bevölkerung für die nächsten acht Wochen gesichert sei.

Ueber die Stellung der sächsischen Regierung zur Frage der Errichtung eines sächsischen Konservatoriums der Musik in Dresden sprach sich Dr. Gradnauer dahin aus, daß die Regierung bisher weder zu dem Dresdner Projekt noch zu dem Leipziger Angebot auf Beschaffung des Leipziger Konservatoriums Stellung genommen hat. Er hob hervor, daß der Dresdner Plan nicht nur die Errichtung eines Konservatoriums für Musik, sondern auch die einer sächsischen Hochschule für redende Künste im Zusammenhang mit den Staatsbahnen in Dresden ins Auge faßt.

Auch zu der Frage der Errichtung des sächsischen Ausschusses für die Deutsche Bahnerlei nahm Dr. Gradnauer eine abwartende Haltung ein.

Sächsischer Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Als Aufsicht des Partitages fand Freitag eine Sitzung des Parteiaussschusses statt. Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm der kürzlich gegründete Deutschnationaler Lehrerbund ein, der eine berufstätige Abteilung der deutschnationalen Volkspartei bildet. — Der Parteitag selbst, zu dem die Deutschnationalen Fraktion der sächsischen Volkstammer fast vollständig, Volksminister a. D. Dr. von Bes, die Generale v. Schmiedel und v. Seydewitz, sowie mehrere hervorragende Persönlichkeiten erschienen waren, wurde Sonnabend vormittag im Saale des Vereinshauses vom Landesverband v. Vorsitzenden Fabrikdirektor Leh n g. (H. Z. B.) eröffnet. — In seiner Begrüßungsrede wies der stellvertretende Vorsitzende Justizrat Adler besonders auf die Notwendigkeit der Weisheit der Partei hin, da eine gewaltige Krise bevorstehe. Hierauf erbat Dr. Kurt Philipp Bericht über die Tätigkeit des Landesverbandes. Bei Gründung des Landesverbandes bestanden 60 Organisationen. Ihre Zahl habe sich jetzt auf das 2½fache erhöht und die Mitgliederzahl sei auf das Vierfache gestiegen. Die Partei wäre unerschütterlich die stärkste aller Parteien. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß in Sachsen noch keine deutschnationalen Parteizentren vorhanden sei. Auf den gegründeten Deutschnationalen Jugendbund aufmerksam, legte der Berichtshatter ab, die Jugend dadurch parteipolitisch beeinflussen zu wollen. Eine demnach zu erfüllende Aufgabe werde die Aufstellung der Kandidatenliste sein. Aus den weiteren Ausführungen über die Aufgaben der Partei wurde besonders betont, daß sie keine einseitige Vertretung bestimmter wirtschaftlicher Gruppen sein sollte. Auf die berechtigten Forderungen der gewerblichen Mittelstandes sei Verständnis vorhanden. Ueber die Tätigkeit der Deutschnationalen Fraktion der Volkstammer und über Stellung in der Kammer sprach der Vorsitzende Direktor Leh n g. Die Volkstammerfraktion habe als Widerstandskraft, die Arbeit durch jede Arbeit, sachliche Entscheidungsgründe und unablässige Verteidigung der Kultur und bewährten Wirtschaftsgrundlagen unter wechselläufiger Anpassung an die neue Zeit zu beeinflussen. In allen Kultur- und Wirtschaftsfragen verhalte die Stimme der Partei bei der Mehrheit vollständig. Nach eingehenden Darlegungen über die geistliche Tätigkeit der Kammer prophezeite er für die zukünftige Arbeit sächsische Weisheit durch den Übergang der Eisenbahn und der Einkommensteuer an das Reich. Dann werde die Volkstammer zu einem reinen Provinzialparlament herabstufen. Entschlossen werde die Partei an den Wiederaufbau gehen. Dafür stelle er folgendes Programm auf: Die Partei erstrebe außer Vertiefung der Kultur durch die Volkstammer durch bewährte Methoden in neuem Geiste. Sicherstellung einer menschenwürdigen Lebenshaltung für alle Arbeiter, Pensionäre, Beamte, Kriegsverletzte und Hinterbliebenen, volle Sicherung der wirtschaftlichen und geistigen Freiheit aller Sachsen, unbefristete Behalt und Rettung